

Gemeinde Mutterstadt

Haushaltsrede des Bürgermeisters 2019

29.01.2019

Sehr geehrte Beigeordnete,
verehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
verehrte Gäste und Vertreter der Presse,

der zum Beschluss durch den Gemeinderat Mutterstadt vorliegende **Haushaltsplan** für das Jahr 2019 mit Haushaltssatzung, Ergebnis- und Finanzhaushalt, Stellenplan sowie Investitionsplan für die Jahre 2019 bis 2022 ist in den Fachausschüssen Ende 2018 und im Haupt – und Finanzausschuss am 15. Januar 2019 vorberaten worden. **Alle Ausschüsse gaben eine Beschlussempfehlung an den Gemeinderat.**

Eine wichtige Grundlage für die Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung und damit verbundener Parameter, die sich auf unseren Gemeindehaushalt auswirken, waren die Leitlinien für die kommunale Haushaltswirtschaft 2019. Diese wurden vom Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz am 25. Oktober 2018 veröffentlicht, und darin wird unter anderem festgestellt:

Leitlinien für die kommunale Haushaltswirtschaft 2019

A. Allgemeine finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin im Aufschwung und wird sich nach dem Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute auch in den nächsten Jahren - allerdings etwas weniger schwungvoll - weiter fortsetzen. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten in ihrer Gemeinschaftsdiagnose eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,7 v. H. für 2018. Für die Jahre 2019 und 2020 werden Wachstumsraten von 1,9 v. H. und 1,8 v. H. prognostiziert.

Die Bundesregierung hat ihre Wachstumsprognose gegenüber der Frühjahrsprojektion für das Jahr 2018 gesenkt. In der Herbstprojektion geht die Bundesregierung sowohl für 2018 als auch für 2019 von einem Anstieg des BIP jeweils in Höhe von 1,8 v. H. aus. Damit wurde die Prognose um 0,5 v. H.-Punkte bzw. 0,3 v. H.-Punkte gesenkt.

Ein wesentlicher Grund für die Korrektur liegt im schwächeren außenwirtschaftlichen Umfeld.

Die Prognose geht unter anderem davon aus, dass die Beschäftigung bis zum Jahr 2019 auf über 45 Millionen steigen und die Anzahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2019 auf 2,24 Millionen auf ein neues Rekordtief sinken wird.

B. Haushaltswirtschaftliche Lage der Kommunen in Rheinland-Pfalz

Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz hat in seinem Kommunalbericht 2018 positiv festgestellt, dass erstmals seit Jahren im Haushaltsjahr 2017 die Gesamtverschuldung (Investitionskredite, Liquiditätskredite und Wertpapierschulden) der kommunalen Gebietskörperschaften um 239 Mio. Euro auf 12,3 Mrd. Euro (-1,9 v. H.) zurückgeführt werden konnte.

Trotz der positiven Entwicklung ist die Haushalts- und Finanzsituation von vielen Gemeinden und Gemeindeverbänden nach wie vor sehr angespannt. Die Gründe für die angespannte Haushalts- und Finanzsituation sind vielfältig. Im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung muss es daher oberstes Ziel sein, den Haushaltsausgleich zu erreichen, den bisherigen Aufwuchs der Kredite zur Liquiditätssicherung zu bremsen bzw. das Liquiditätskreditniveau zurückzuführen. Sofern sich die gute konjunkturelle Entwicklung und das niedrige Zinsniveau fortsetzen sowie die Konsolidierungsbemühungen konsequent umgesetzt werden, bestehen gute Chancen zur Verbesserung der Haushaltssituation.

Das Land Rheinland-Pfalz trägt beispielsweise durch eine steigende Finanzausgleichsmasse und durch die Einführung der Schlüsselzuweisung C 3 zu einer Verbesserung der kommunalen Haushaltssituation bei.

C. Kommunale Haushaltskonsolidierung

Die Haushaltskonsolidierung ist für den Landeshaushalt und für die kommunalen Haushalte zu einer der zentralen Herausforderungen sowohl der vergangenen als auch der folgenden Jahre geworden. Insbesondere Gemeinden und Gemeindeverbände mit unausgeglichenen Ergebnis- und Finanzhaushalten sind permanent gefordert, langfristig wirksame Konsolidierungsmaßnahmen zu verwirklichen; dies gilt auch im Bereich der Wahrnehmung von Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung. Im Rahmen eines strikten Haushaltskonsolidierungskurses sind alle gestaltbaren Möglichkeiten vorrangig zur Ausgabenreduzierung sowie zur Ausschöpfung der eigenen Einnahmequellen zu nutzen, um Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen.

Die Landesregierung hält es für unabdingbar, den Empfehlungen des Rechnungshofs zur Ausschöpfung der Einnahmequellen und vor allem zur Reduzierung des vielerorts unverändert hohen Ausgabenniveaus zu folgen. Darüber hinaus werden insbesondere die Gemeinden mit unausgeglichenen Haushalten und Krediten zur Liquiditätssicherung aufgefordert zu prüfen, inwiefern eine Anpassung der Realsteuerhebesätze - insbesondere des Hebesatzes der Grundsteuer B - zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung beitragen kann.

Da einnahmebezogene Maßnahmen in vielen Fällen noch nicht zum gewünschten Ziel des Haushaltsausgleiches führen werden, müssen selbstverständlich auch auf der Ausgabenseite Konsolidierungspotenziale genutzt werden. Risiken bestehen hier unter anderem aufgrund des derzeit sehr niedrigen Zinsniveaus, welches bei einem Anstieg zu weiteren Haushaltsbelastungen führen kann. Dieses Risiko kann nur durch eine Verminderung des Schuldenstandes, insbesondere der Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung, begrenzt werden.

Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung der Haushaltswirtschaft der Gemeinde Mutterstadt für das Jahr 2019

Grundlage für die Haushaltsansätze 2019 sind die Mittelanmeldungen der Fachbereiche, die Beratungsergebnisse in den Fachausschüssen und die Orientierungsdaten des Landes zum Finanzausgleich. Die Planwerte 2020 bis 2022 können nur geschätzt werden und beruhen in erster Linie auf Erfahrungswerten der letzten Jahre sowie heute schon bekannten Veränderungen oder Investitionsvorhaben.

In ihrem Herbstgutachten prognostizieren die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute weiterhin eine Zunahme des Wirtschaftswachstums für das Jahr 2019 um 1,9 %. Der moderate Aufschwung wird vom stabilen Arbeitsmarkt und der starken Binnenkonjunktur getragen, zu der nicht zuletzt die Ausgaben für die Unterbringung, Versorgung und Integration der Geflüchteten beigetragen haben. Ungeachtet dessen stehen die Kommunen weiterhin vor einer kaum zu bewältigenden finanzwirtschaftlichen Krisensituation. Die kommunalen Einnahmen reichen nicht aus, um die den Kommunen in immer höherem Maße zukommenden Aufgaben zu erfüllen. Insbesondere die Sozial- und Jugendhilfeausgaben steigen stetig. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Krisen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika werden die globalen Flüchtlingswanderströme nach Europa und damit auch nach Deutschland weiter anhalten. Dies ist eine historische Herausforderung für unser Staatssystem und führt bei den Kommunen zu einem finanziellen, personellen und organisatorischen Kraftakt. Daher sind fortlaufend - wie auch von der Kommunalaufsicht jeweils bei den Haushaltsgenehmigungen der vergangenen Jahre gefordert - alle Aufwendungen auf den Prüfstand zu nehmen sowie Überlegungen anzustellen, wie weitere nachhaltige Erträge generiert werden können und sämtliche Investitionen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit zu bewerten.

Dies ist vorbehaltlos so auch auf die Gemeinde Mutterstadt zu übertragen. So stehen im Ergebnishaushalt den Erträgen von 21.562.550 € Aufwendungen von 23.233.000 € gegenüber, was unter Berücksichtigung des positiven Finanzergebnisses von 163.260 € einen Jahresfehlbetrag von 1.507.190 € bedeutet.

Auch der zahlungswirksame Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit einschließlich Zins- und sonstige Finanz-Ein- und Auszahlungen) ist mit -263.690 € im Gegensatz zum letzten Jahr negativ!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Verwaltung hat dem Haushaltsplan 2019 wieder einen ausführlichen Vorbericht vorangestellt der die Haushaltsentwicklung, auch gegenüber den Vorjahren, sehr anschaulich darstellt. Dieser ist, beispielsweise über unsere Internetseite, auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich, so dass ich mich hier auf die wesentlichen Zahlen beschränke.

Überblick über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr unter Einbezug der beiden Haushaltsvorjahre

	Ergebnis 2017 in €	Ansatz 2018 in €	Ansatz 2019 in €
Steuer- u. ähnl. Einnahmen	13.367.268,48	12.150.000,00	12.975.000,00
Personal- und Versorgungsaufwendungen	7.102.495,39	7.014.600,00	7.811.170,00
Kreisumlage	5.582.206,00	5.783.500,00	6.346.000,00
Investitionsvolumen	2.422.091,30	10.755.850,00	10.040.950,00
Kreditaufnahme	0,00	4.500.000,00	3.000.000,00
„Freie Finanzspitze“	1.771.486,60	-167.865,00	-480.690,00
Abschluss Ergebnishaushalt/ Jahresergebnis	138.446,55	-1.296.865,00	-1.507.190,00
Saldo der ordentlichen und außer- ordentlichen Ein- und Auszahlungen	2.088.080,72	201.635,00	-263.690,00
Abschluss Finanzhaushalt (Pos.34) Finanzmittelfehlbetrag (ohne Kreditaufnahmen u. Tilgungen)	765.903,70	-5.897.815,00	-4.499.240,00

Ergebnishaushalt 2019

Erträge

Die **Steuereinnahmen** werden in 2019 um 825.000 € höher als im Vorjahr angesetzt. Mehreinnahmen werden vor allem bei der Gewerbesteuer (350 T€), bei dem Anteil an der Einkommensteuer (300 T€) sowie bei dem Anteil an der Umsatzsteuer (120 T€) eingeplant. Die Hebesätze der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer bleiben unverändert.

Die Einnahmen aus **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** steigen insgesamt um 95.600 € gegenüber dem Haushaltsplan 2018. Davon resultieren 100 T€ aus den Ansätzen für die Personalkostensätze von Land und Kreis für die kommunalen Kindertagesstätten. Die Schlüsselzuweisungen vermindern sich um 27 T€.

Die **Erträge der sozialen Sicherung** vermindern sich um 245.000 €. Hier werden die Erstattungen des Kreises für die anfallenden Kosten für Asylbewerber abgebildet. Gemäß der Vereinbarung mit der Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis wurden die Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ab dem 01.01.2017 vom Rhein-Pfalz-Kreis an die Gemeindeverwaltung Mutterstadt übertragen. Pro Asylbewerber erhalten wir monatlich 547,45 €. Mit einem Rückgang der Anzahl der Asylbewerber wird gerechnet. Beim Kreis verbleiben die Kosten für die Unterbringung sowie die Kosten für die Krankenhilfe.

Die Einnahmen durch **öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** erhöhen sich gegenüber dem Jahr 2018 um 45.000 €.

Die Einnahmen durch **privatrechtliche Leistungsentgelte** erhöhen sich um 11.600 €.

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** werden im Plan Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 9.450 € ausgewiesen.

Die **sonstigen laufenden Erträge** erhöhen sich um 764.400 €. Der Betrag entfällt auf Mehreinnahmen aus dem Gewinn aus den Veräußerungen von Grundstücken sowie auf Mehreinnahmen aus der Entnahme aus dem Sonderposten für den kommunalen Finanzausgleich (300 T€).

Die **Zinserträge und sonstigen Finanzerträge** erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 4.500 €.

Aufwendungen

Die **Personalaufwendungen** steigen um insgesamt 796.570 € auf 7.811.170 €. Bei den Dienstbezügen der Beamten wurde ein Plus von 2 % eingerechnet. Bei den Vergütungen der Tarifbeschäftigten sind Tarifierhöhungen von 3 % eingeplant.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** werden um 267.400 € erhöht ausgewiesen. Für die Unterhaltung der Grundstücke und gemeindeeigenen Gebäude werden 750 T€ bereitgestellt und damit 278 T€ mehr als im Vorjahr.

Die **Abschreibungen** sind planmäßig fortgeschrieben, erhöhen sich insgesamt aber aufgrund der hohen Investitionsmaßnahmen um 138.100 €.

Für **Zuwendungen und Umlagen** müssen im Haushaltsjahr 2019 684.400 € mehr eingeplant werden. Die Kreisumlage fällt aufgrund von höheren Steuereinnahmen im Jahr 2018 um 563 T€ höher aus als im Jahr 2018. Die Gewerbesteuerumlage steigt um 26 T€. Für Instandhaltungen im Palatinum werden als Zuschuss 145 T€ eingeplant.

Die Planansätze für **Aufwendungen der sozialen Sicherung** vermindern sich aufgrund sinkender Anzahl der Asylbewerber um 251.500 €.

Die **Sonstigen laufenden Aufwendungen** erhöhen sich um 99.655 €.

Die **Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen** vermindern sich um 32.650 € aufgrund verbesserter Konditionen bei den Darlehensverlängerungen.

Finanzhaushalt 2019

Im Finanzhaushalt werden nur die zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen abgebildet. Der **Finanzmittel-Fehlbetrag** einschließlich der Finanzierung aller geplanten Investitionen beträgt **4.499.240 €**.

Die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** werden mit **5.805.400 €** und damit um 1.149.000 € höher ausgewiesen als in 2018.

Die **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** wurden mit **10.040.950 €** und damit um 714.900 € niedriger als im Haushaltsvorjahr eingeplant, jedoch ist dies die zweithöchste Investitionssumme, die wir jemals in einem Jahr geplant haben!

Wesentliche Investitionen in 2019 sind:

Bezeichnung der Maßnahme	Auszahlungen in 2019	Zuschüsse in 2019
126000 Feuerwehrfahrzeuge	800.000	
114101 Wohnanlage „Im Brunnensee“	300.000	
573124 Haus der Vereine Barrierefreiheit u. 2. Rettungsweg	200.000	
541100 Vorplatz Neue Pforte	2.160.000	320.000
573123 Umbau Neue Pforte	562.000	
541100 Ausbau Blumenstraße	350.000	
541100 Pfalzring , Baumscheiben	100.000	
511000 Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“	310.000	330.000
365220 Kindertagesstätte Pestalozzistraße	200.000	140.000
211010 Pestalozzischule Erweiterung Kindercampus	120.000	
211010 Generalsanierung Pestalozzischule	470.000	154.000
114300 Betriebsgebäude Bauhof	2.400.000	
114200 Erweiterung Gewerbegebiet	800.000	4.100.000
114200 Neubaugebiet Südwest	500.000	

Auswirkungen der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen auf die Ergebnis- und Finanzhaushalte der Folgejahre

Durch die Abschreibungen werden die Investitionskosten auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer verteilt und belasten die künftigen **Ergebnishaushalte**.

Soweit für die Investitionen keine anderen Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen, können Investitionskredite aufgenommen werden. Die dafür anfallenden Zinsen wirken sich auf den **Ergebnishaushalt**, die anfallenden Zins- und Tilgungsleistungen wirken sich auf den **Finanzhaushalt** auch in den Folgejahren aus.

Entwicklung der Investitionskredite

Stand Investitionskredite zum 31.12.2017	5.048.668,25 €
Tilgungen in 2018	-293.889,39 €
geplante Kreditaufnahme in 2019	3.000.000,00 €
geplante Tilgungen in 2019	<u>-217.000,00 €</u>
voraussichtlicher Stand Investitionskredite 31.12.2019	7.537.778,86 €

Entwicklung der Kredite zur Liquiditätssicherung

Bis zum Jahresende 2018 wurden keine Liquiditätskredite benötigt. Für das Jahr 2019 ist lt. Haushaltssatzung zur kurzfristigen Sicherung der Liquidität ein Gesamtbetrag von 3.000.000,00 € (wie im Vorjahr) vorgesehen.

Entwicklung des Eigenkapitals und der Jahresergebnisse

		Jahresergebnis	Stand Eigenkapital
Eigenkapital Eröffnungsbilanz	2008		97.777.168,70 €
festgestelltes Ergebnis	2009	-491.671,91 €	97.285.496,79 €
festgestelltes Ergebnis	2010	433.991,58 €	97.719.488,37 €
festgestelltes Ergebnis	2011	-12.774,86 €	97.706.713,51 €
festgestelltes Ergebnis	2012	827.496,76 €	98.534.210,27 €
festgestelltes Ergebnis	2013	109.355,52 €	98.643.565,79 €
festgestelltes Ergebnis 5. Haushaltsvorjahr	2014	-114.372,80 €	98.529.192,99 €
festgestelltes Ergebnis 4. Haushaltsvorjahr	2015	407.492,50 €	98.936.685,49 €
festgestelltes Ergebnis 3. Haushaltsvorjahr	2016	-795.771,24 €	98.140.914,25 €
Ergebnis 2. Haushaltsvorjahr	2017	138.446,55 €	98.279.360,80 €
Ansatz 1. Haushaltsvorjahr	2018	-1.296.865,00 €	96.982.495,80 €
Ansatz Haushaltsjahr	2019	-1.507.190,00 €	95.475.305,80 €
Summe des Haushaltsjahres + der fünf Haushaltsvorjahre		-3.168.259,99 €	
Ansatz 1. Haushaltsfolgejahr	2020	-2.320.720,00 €	93.154.585,80 €
Ansatz 2. Haushaltsfolgejahr	2021	-2.370.820,00 €	90.783.765,80 €
Ansatz 3. Haushaltsfolgejahr	2022	-2.444.820,00 €	88.338.945,80 €
		-9.438.222,90 €	

Dem Haushaltsplan ist der **Stellenplan** beigegeben, der die nach § 6 Abs. 5 GemHVO erforderlichen Stellen ausweist.

Demnach arbeiten 2019 bei der Gemeindeverwaltung Mutterstadt 11 (+ 1) Beamte, 154 (+ 0) tariflich Beschäftigte.

Dies sind 165 Personen und damit 1 mehr als 2018. 60 (58 in 2018) davon sind Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst. Hinzu kommen 1 Auszubildende und 1 Beamtenanwärter.

Der Stellenplan beinhaltet die Stellen für Hausaufgabenbetreuung (3), Aushilfskräfte bei Personalengpässen in Kitas (9) und Kräfte für Betreuende Grundschule (9).

Liebe Ratsmitglieder, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsplan weist wieder ein negatives Jahresergebnis auf, und dies trotz guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und niedriger Zinsen, die in den letzten Jahresrechnungen zu Defizitverringerungen oder positiven Abschlüssen beigetragen haben. Allerdings sinken durch die niedrigen Zinsen auch unsere Zinseinnahmen aus den Guthaben.

Die trotz höherer Zuschüsse von Bund und Land immer noch drastische Unterfinanzierung der Kommunen ist weiterhin ein großes Problem, das durch zusätzliche Aufgaben und dadurch zusätzlich notwendiges Personal immer stärker unsere Haushalte belastet.

Auch die Sozialausgaben steigen weiter. Dennoch steigt bei gleichem Umlagesatz durch höhere Bemessungsgrundlagen die Kreisumlage, die Mutterstadt an den Kreis

zu zahlen hat, von 5,783 Mio. um 563 Tsd. auf 6,346 Mio. € an. Das sind 27,3% unserer Einnahmen!

Einnahmeverbesserungen und parallel dazu Einsparungen sind daher dringend notwendig. Wir prüfen weiterhin Kooperationsoptionen zusammen mit Kreis und Nachbarkommunen zur Nutzung von Synergie-Effekten, beispielsweise bei einer gemeinsamen Vergabestelle oder der Überwachung des fließenden Verkehrs. Mit Abschluss der Erschließung und Ansiedlung von Betrieben auf der Gewerbegebiets-Erweiterungsfläche erhoffen wir uns künftig Gewerbesteuer-Mehreinnahmen. Auch aus der Veräußerung der Gewerbe-Grundstücke sind Einnahmen eingeplant.

Zuschüsse aus dem Städtebau-Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ entlasten Gemeinde und Private weiterhin bei Maßnahmen zur Ortskernsanierung.

Die Übernahme der Flüchtlingsbetreuungsaufgaben durch die Gemeinden vom Kreis läuft gut. Dabei sind wir dankbar für die unentbehrliche Unterstützung zahlreicher ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer.

Wir müssen jedoch darauf achten, dass die notwendigen finanziellen Mittel auch künftig in kostendeckender Höhe vom Bund über das Land an uns weitergeleitet werden um zusätzliche Belastungen für die kommunale Ebene zu vermeiden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die aufgezeigte finanzielle Problematik der meisten Kommunen spiegelt sich, wenn auch nicht so drastisch, ebenso in der Finanzentwicklung Mutterstadts wider:

Eine Gegenüberstellung zum Jahresende 2018 von mittelfristig verfügbaren Finanzanlagen in Höhe von unverändert 6,92 Mio. € und Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 9,11 Mio. € (einschließlich Palatinum) zeigt, dass unsere Gemeinde, ohne die Berücksichtigung von Grund- und Sondervermögen, unterm Strich mit rund 2,19 Mio. € verschuldet ist.

Das ist durch nicht getätigte oder später notwendige Kreditaufnahmen und erfolgte Tilgungen weniger als der Stand vor einem Jahr (2,77 Mio.). Dieser Schuldenstand ist im Vergleich zu vielen anderen Kommunen gering, aber die absehbaren Kostenentwicklungen und Investitionsbedarfe lassen künftig wieder eine steigende Verschuldung erwarten.

Verwaltung, Gemeinderat und Ausschüsse sind daher gefordert, künftig nur unbedingt notwendige Vorhaben, auch unter Beachtung der Folgekosten, umsetzen!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zum Abschluss meiner Haushaltsrede habe ich mich in den inzwischen über 11 Jahren meiner Amtszeit stets für die vertrauensvolle Zusammenarbeit im Rat und den Ausschüssen bedankt. Dies kann ich in diesem Jahr für 2018 leider nur mit Einschränkungen tun. So hat man von Seiten der Grünen-Fraktion der Verwaltungsspitze bei der Stellungnahme zum Haushalt vor einem Jahr, welche sich ausschließlich mit dem Thema „Platanen“ vor der Neuen Pforte beschäftigte, öffentlich das Vertrauen abgesprochen. Darüber hinaus wurde im gleichen Zusammenhang im März unser Bauamtsleiter wegen angeblicher fortgesetzter

Missachtung des Bebauungsplans bei der Kommunalaufsicht des Kreises angezeigt. Inzwischen ist offenkundig, dass die Gutachten-Einschätzungen zu den Platanen durchaus realistisch waren, denn bei den von der großen Ratsmehrheit beschlossenen und von der Landespflege genehmigten Fällungen zeigte sich die geringe Standfestigkeit und Krankheitsbilder an allen Stämmen. Und die Vorwürfe der Bebauungsplanmissachtung wurden von der Kommunalaufsicht eindeutig nicht geteilt.

Daneben gab es zu weiteren Themen auch von anderer Seite noch weitere unbegründete Misstrauensäußerungen gegenüber einzelnen Verwaltungsmitarbeitern.

Liebe Rats- und Ausschussmitglieder, natürlich gehört das Hinterfragen von Sachverhalten, Kontrolle der Verwaltungsarbeit und konstruktive Kritik zu den ureigensten Aufgaben unserer Gremien, das sieht auch die Verwaltung so. Doch wer das Recht zur Kritik nutzt, sollte sich auch der Verantwortung bewusst sein Fehleinschätzungen, vor denen niemand von uns gefeit ist, einzugestehen. Dies möchte ich für die Verwaltungsspitze im Sinne unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus gegebenen Anlässen heute einmal besonders betonen! Abschließend kann ich zu dieser Thematik aber feststellen, dass der weit überwiegende Teil unserer Aufgaben auch im vergangenen Jahr in sehr konstruktiver Art und Weise in den Gremien abgearbeitet wurde.

Auch bei der Erstellung und bei den Vorberatungen des vorliegenden Haushaltsplanes haben sich die Beigeordneten Andrea Franz, Klaus Lenz und Volker Strub sowie die Mitglieder von Gemeinderat und Fachausschüssen konstruktiv und engagiert eingebracht.

Mein ganz besonderer Dank gilt auch allen Fachbereichs- bzw. Abteilungsleitern der Verwaltung mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die intensive Vorbereitung der Planzahlen, insbesondere der Finanzverwaltung unter Federführung von Frau Helm.

In diesem Jahr hatten die Bürgerinnen und Bürger wieder die Gelegenheit, durch Vorschläge die Haushaltsplanung mit zu gestalten. Hierzu gab es keine Eingaben. Dennoch möchte ich mich bei der Bevölkerung für die vielfach spürbare positive Identifikation mit ihrer Heimatgemeinde Mutterstadt bedanken!

Ebenfalls hervorheben möchte ich die lösungsorientierte verwaltungsinterne Zusammenarbeit mit dem Personalrat und der Gleichstellungsbeauftragten sowie die Unterstützung durch die Lokale Agenda 21, den Partnerschaftsverein, den Seniorenbeirat, die Bürgerstiftung, unsere Fördervereine, Vereine und zahlreiche private ehrenamtliche und geschäftliche Förderer unserer Arbeit. Ihnen allen gilt dafür ebenfalls mein aufrichtiger Dank.

Besonders sind wieder die herausragenden Leistungen unserer Freiwilligen Feuerwehr herauszustellen, die in diesem Jahr erneut eine Rekordzahl oft schwieriger Einsätze zu bewältigen hatte. Vielen Dank für die Einsatzbereitschaft rund um die Uhr!

Ich bitte Sie dem vorliegenden Haushaltsplan für das Jahr 2019 mit Haushaltssatzung, Ergebnis- und Finanzhaushalt, Stellenplan sowie dem Investitionsplan für die Jahre 2019 bis 2022 zuzustimmen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!